



## Gesellschaftlicher Wandel und soziale Frage

Tilman Koops

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch den Beginn der Industriellen Revolution in Deutschland, verbunden mit einer Bevölkerungsexplosion. Lebten 1820 innerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes 24 Millionen Menschen, so waren es 1840 bereits 31 Millionen. Dieser Anstieg führte zu erheblichen sozialen Spannungen. Auf der Suche nach Arbeit strömten die Menschen in die Städte. Es waren Kleinbauern, Handwerksgesellen und Gesinde, die nach der Bauernbefreiung und der Aufhebung der Zünfte ihren sozialen Rückhalt verloren hatten. Aus diesen Zuwanderern und den eingesessenen städtischen Armen entstand das moderne Proletariat.

Mit dem Einsatz der ersten Dampfmaschinen am Ende des 18. Jahrhunderts begann in Deutschland langsam die Industrialisierung. Die napoleonische Neuordnung begünstigte die Entwicklung; die Regierungen der Rheinbundstaaten förderten Handel und Gewerbe, säkularisierte Klöster wurden als Fabriken genutzt, und die Kontinentalsperre schützte die junge Industrie vor der überlegenen englischen Konkurrenz. Dennoch hemmten auch weiterhin überlieferte Rechte und Privilegien die Industrialisierung. Nach 1815 verhinderten die politischen Verhältnisse im Deutschen Bund den gewerblichen Fortschritt: Jeder der 39 Staaten erhob Einfuhr-, Durchgangs- und Ausfuhrzölle. Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet entstand erst mit dem Deutschen Zollverein am 1. Januar 1834.

Notwendig war aber auch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Da die Straßen kaum befestigt waren, wurden Massengüter auf Flüssen und Kanälen



transportiert. Für die Entwicklung der badischen Industrie war deshalb auch die Begradigung des Oberrheins durch Johann Gottfried Tulla wichtig, die den Strom von der Mündung bis Basel schiffbar machte. Doch der wirkliche Aufstieg des Verkehrswesens begann mit der Eisenbahn. Der ersten Strecke zwischen Nürnberg und Fürth 1835 folgten rasch weitere Linien. In Baden wurde die erste Eisenbahnlinie 1840 zwischen Mannheim und Heidelberg eröffnet. 1843 folgte die Verbindung zwischen Heidelberg und Karlsruhe. Der Bedarf der Bahn an Eisen und Stahl förderte den Aufbau der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, an der Saar und in Oberschlesien. Friedrich Harkort gründete 1819 auf Burg Wetter an der Ruhr eine Werkzeugmaschinenfabrik als Musterunternehmen. August Borsig stieg mit seiner 1837 in Berlin gegründeten Maschinenfabrik zum größten deutschen Lokomotivenhersteller auf.

Eine Begleiterscheinung der Industriellen Revolution war die Verelendung der steigenden Zahl der Lohnabhängigen. Der wachsenden Bevölkerung stand keine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung - es konnten schätzungsweise nur 80 Prozent der Arbeitswilligen beschäftigt werden. Daher wurde seit 1830 der Pauperismus, die Massenarmut, zum sozialen Problem. Über die Hälfte der Bevölkerung lebte unter dem Existenzminimum, zwei Drittel des kärglichen Lohns mussten für Lebensmittel aufgewendet werden. Missernten und Hungerkatastrophen verschärften in den Jahren 1845 bis 1847 zusätzlich das Elend.

Einsichtige erkannten die Gefahr, die von der Proletarisierung der Massen für Staat und Gesellschaft ausging. Bildungsvereine und Unterstützungskassen sollten den Arbeitern helfen und sie in die bürgerliche Gesellschaft integrieren. Zusätzlich wurde der Ruf nach dem Staat laut: In der Zweiten Badischen Kammer forderte 1837 der katholische Abgeordnete Franz Joseph Buß die



Beschränkung der täglichen Arbeitszeit und die Einführung von Kranken- und Unfallversicherungen. Das Karlsruher Ständehaus war damit der Schauplatz der ersten Debatte über Sozialpolitik in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, obwohl dieses Mal noch ein greifbares Ergebnis ausblieb. Allerdings entschloss sich 1847 die badische Regierung zur Subventionierung von 3 500 Arbeitsplätzen, als nach dem Zusammenbruch eines Bankhauses drei Fabriken vor dem Bankrott standen.

Die Arbeitslosigkeit hing als ständige Drohung über den Industriearbeitern. Obwohl sie täglich 12 bis 17 Stunden unter fast militärischem Reglement schufteten, reichte der Lohn zum Unterhalt der Familien häufig nicht aus, so dass Frauen und Kinder mitarbeiten mussten. Dennoch wurde das Existenzminimum fast nie erreicht, und die Wohnverhältnisse waren katastrophal: Oft hausten fünf bis sechs Personen in einem spärlich möblierten Zimmer.

Gegen diese Not griffen Handwerksgesellen und Arbeiter zur Selbsthilfe. 1826 protestierten Schleifer in Solingen mit Demonstrationen und Streiks gegen die Arbeitsbedingungen in den Fabriken. 1844 erhoben sich die schlesischen Weber. Der Aufstand wurde vom preußischen Militär niedergeschlagen.

Die Hungersnot der Jahre 1845 bis 1847 führte in vielen Städten zu Unruhen und Krawallen und gab damit eine Vorstellung von dem im Volk vorhandenen und mobilisierbaren revolutionären Potential.

Ogleich im Vormärz von einer organisierten Arbeiterschaft noch nicht die Rede sein konnte, gab es doch geheime Handwerkervereine, aus denen später die Arbeiterparteien und Gewerkschaften hervorgingen. Der Schneidergeselle Wilhelm Weitling gründete 1835 in Paris den „Bund der Geächteten“ und



entwarf in seinen Schriften die Utopie der kommunistischen Gütergemeinschaft. Von diesem Bund zweigte sich 1838 der „Bund der Gerechten“ ab. Aus diesem Bund entstand 1847 der „Bund der Kommunisten“, für den Karl Marx und Friedrich Engels im Februar 1848 das programmatische „Kommunistische Manifest“ veröffentlichten. Diese Forderungen übernahmen die deutschen Arbeiter erst zwanzig Jahre später. Das Manifest war für die organisatorischen Anfänge der Arbeiterschaft ebenso bedeutungslos wie für den Verlauf der Revolution von 1848/49.